In ähnlicher Lage hat ein Klassiker der Wirtschaftswissenschaften vor etwa 100 Jahren die Kühnheit besessen ein solches Tabu des wissenschaftlichen Diskurses zu durchbrechen und sein politisches Vorverständnis mit auch für die damaligen Gewohnheiten ungewohnter Klarheit offenzulegen.

Werner Sombart (1863–1941)[16] schrieb in seinem Buch „Der Bourgeois":

> *„Das Problem des kapitalistischen Geistes: sein Wesen und seine Entstehung ist außerordentlich komplex, unendlich komplexer als man bisher angenommen hat, als ich selbst geglaubt habe."*[17]

> *„[...] WAS WIRD DIE ZUKUNFT BRINGEN? Wer der Meinung ist, daß der Riese Kapitalismus Natur und Menschen zerstört, wird hoffen, daß man ihn fesseln und wieder in die Schranken zurückführen könne, aus denen er ausgebrochen ist. Und man hat gedacht, ihn mit ethischen Räsonnements zur Vernunft zu bringen. Mir scheint, solche Versuche werden kläglich scheitern müssen. Er, der die Fesseln der ältesten Religionen zersprengt hat, wird sich gewiß nicht mit den Seidenfäden einer weimarisch königsbergischen Weisheitslehre binden lassen."*[18]

Es ist hier nicht der Ort den grundlegenden Irrtümern seiner Zeit nachzuspüren, von denen auch das Werk Werner Sombarts durchzogen ist. Sein Scheitern im Nationalsozialismus sollte aber nicht den Blick auf das Verdienst verstellen, das darin liegt, sich ethischen Fragen in seiner Wissenschaft gestellt zu haben und seinen eigenen politischen Standpunkt klar gemacht zu haben. Eine Lehre für uns Heutige könnte unter anderem darin bestehen, nun nicht etwa jede politische Stellungnahme in der Wissenschaft zu vermeiden. Vielmehr gilt es, gerade in den Geisteswissenschaften, die Möglichkeit von legitimierenden Wirkungen wissenschaftlicher Aussagen im Blick zu behalten und bewusst in das Kalkül einzubeziehen. Die gilt gerade dann, wenn diese Aussagen oberflächlich betrachtet, keine diesbezüglichen Wertungen enthalten.

Ein wichtiges gesellschaftlich wirksames Moment der Schopenhauerschen philosophischen Impulse dürfte darin bestehen, jenseits der Regeln der formalen Logik die ethischen Aspekte wissenschaftlichen Denkens erkannt und fruchtbar gemacht zu haben.[19]

Insoweit ist die geistige Erbschaft des Schopenhauerschen Denkansatzes auch bei Werner Sombart als Vertreter der Wirtschaftswissenschaften wirksam.

[16] Vgl. insbesondere Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, Historisch – Systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, München und Leipzig 1922.

[17] Sombart, Werner: Der Bourgeois Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen, München und Leipzig 1913, Seite 458.

[18] Sombart, Werner,: Der Bourgeois Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen, München und Leipzig 1913, Seite 462.

[19] Schweitzer, Albert: Ausgewählte Werke in fünf Bänden, Bd. 2, Berlin 1973,Seite 291 ff.

3. Die Rechtswissenschaft:

Für die Jurisprudenz war und ist die Schopenhauersche wissenschaftliche Wende ebenfalls von großer Bedeutung. Auf dem Höhepunkt seiner Popularität um das Jahr 1860 entstanden die wichtigsten Gesetze des deutschen Privatrechts, welche für uns Heutige noch immer Arbeitsgrundlage sind. Dazu gehören das Handelsgesetzbuch, das Bürgerliche Gesetzbuch und wichtige Teile des Zivilprozessrechts einschließlich der Gesetze zur freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Strafrechts.

Das ihnen zugrunde liegende, weltweit nahezu einzigartige System, ist in der, rechtsphilosophisch ganz verschieden begründeten Lehre von der Rechtsperson und den subjektiven Rechten niedergelegt, die im Kern das enthält, was wir heute ethischen Personalismus nennen.[20] Dessen Grundlage bildet die klassische deutsche Philosophie, insbesondere von Immanuel Kant.

Seine auf diesen Prämissen beruhende logische Stringenz hat das deutsche Privatrecht zu einem internationalen Exportschlager werden lassen, ohne dass diese Tatsache von der Öffentlichkeit besonders zur Kenntnis genommen worden wäre. Sieht man von seiner ethischen Grundlage ab, so wäre dieses Privatrecht unverständlich geblieben und Zufälligkeiten ausgeliefert gewesen. Es wäre bereits heute seit vielen Jahren Geschichte.

Die Frage ist, ob diese ethische Grundlage im heutigen Europa obsolet geworden ist?
Ihr Vortrag, Herr Dr. Weidmann, ist für mich dankenswerter Anlass darüber nachzudenken, welche geistigen Grundlagen bisher für uns Deutsche das Verhältnis zu Europa bestimmt haben und ob sich daraus aktuelle Maximen entnehmen lassen. Es erhebt sich die Frage, ob wir Deutsche im Hinblick auf den europäischen Einigungsprozess einen über die Logik des reinen Pragmatismus hinaus weisenden Impuls beisteuern könnten.

Dabei ist zu berücksichtigen, in welch starkem Maße das Denken der klassischen deutschen Philosophie, als Ferment des deutschen Rechts, mit dem Kontext im übrigen Europa verwoben ist. Diese Verästelung reicht von den Wirkungen in der russischen Literatur[21] der damaligen Zeit bis in den Raum der französischen politischen Philosophie[22], etwa bei Alexis von Tocqueville (22)[23].

[20] Larenz, Karl: Richtiges Recht Grundzüge einer Rechtsethik, München 1979 und ders.: Allgemeiner Teil des deutschen bürgerlichen Rechts, München 1989, Seite 33 ff.

[21] Bis zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert waren nahezu alle Hauptwerke der klassischen deutschen Philosophie ins Russische übersetzt und kommentiert. Das betraf nicht nur klassische Autoren wie Arthur Schopenhauer, Kant und Hegel, sondern auch ihre Nachfolger, wie Lotze, Hartmann, Trendelenburg und andere. Auf dieser Basis entstanden auch russische Werke, die sich an der klassischen deutschen Philosophie insbesondere an Kant orientierten. Beispielhaft für viele sei genannt: W. S. Solowjew: Kritik der abstrakten Prinzipien, München 1978.

[22] Zum geistigen Austausch zwischen Frankreich und Deutschland vgl.: Birke, Ernst: Frankreich und Ostmitteleuropa im 19. Jahrhundert Beiträge zur Politik und Geistesgeschichte, Köln / Graz 1960, Seite 35 ff. und Seite 158 ff. unter spezieller Bezugnahme auf: de Bourgoing, Paul: Le Guerres d'idiome et de Nationalité Tableux, exquisses et souveniers d'histoire contemporaine, Paris 1849.

[23] Vgl.: De Toqueville, Charles Alexis Henri Maurice Clerel: Die Demokratie in Amerika, 2. Bd., Paris 1835 und ders.: Das Ancien regime und die Revolution, Paris 1856.

Die Untersuchung der diesbezüglichen Kontinuitäten und Diskontinuitäten wäre eine eigene Grundlagenarbeit wert.

Ferner ist für die Rechtswissenschaft in Europa die verbindende Basis vor allen in der komplizierten Wirkungsweise von gemeinsamen Rechtsvorstellungen zu sehen, die oft unter dem Sammelbegriff „Römisches Recht" zusammengefasst werden.[24] Es gehört als Kernbestandteil zu den gemeinsamen europäischen Werten.

Damit tritt neben dem politischen und dem logischen Aspekt der Rechtswissenschaft der historische Gesichtspunkt verstärkt in das Blickfeld. Erst die Betrachtung des rechtswissenschaftlichen Denkens über lange Zeiträume hinweg macht das System sichtbar, aus dem sich die Richtigkeit der juristischen Entscheidungen organisch entwickelt. Ihre jeweilige Begründung im Einzelfall herauszuarbeiten ist das Gebiet der Dogmatik. Hier tritt das Römische Recht am augenfälligsten in Erscheinung.

In diesem Zusammenhang ist es von besonderem Interesse, den historischen Aspekt gedanklich weiter zu verfolgen und auf diese Weise die durch Sie, Herr Dr. Weidmann, weiß gelassenen Flächen im vorgenannten Scherenschnitt Ihres Vortrages zu ergänzen.

In Deutschland markiert der Aufstieg der Philosophie neben dem politischen auch den geistigen Wendepunkt, der mit dem Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation (im Folgenden Heiliges Reich) verbunden ist. Die Geschichte dieses Reiches reicht mit seinen Vorläufern mehr als 1000 Jahre zurück. Sie ist mehr ein europäischer Werdegang gewesen als ein deutscher. Bei der maßgeblichen Führungsschicht handelte sich um eine politische Klasse, die sich als genossenschaftlich organisierter Personenverband unter Bezugnahme auf Karl den Großen als eine europäische Elite verstand.[25] Noch heute sind zahlreiche europäische Staaten als Monarchien verfasst, welche die Erinnerung an diese aristokratische Phase unseres gesamteuropäischen politischen Erbes wach halten.

Im Blick auf das Europa der Gegenwart war das Heilige Reich bemerkenswerter Weise kein eigenständiger Staat im modernen Sinne gewesen und auch keine Finanzmacht oder Militärmacht. In allen seinen Angelegenheiten war es von dem Willen seiner Staaten (Territorien), insbesondere der kaiserlichen Hausmacht, abhängig. Trotz dieser scheinbaren politischen Ohnmacht war das Heilige Reich über fast 1000 Jahre hinweg politisch und bis zuletzt in sehr intensiver Weise auch rechtlich die gestaltende Autorität in Europa, ohne je eine Nation gebildet zu haben.

Ebenso wie das britische Grand Empire verstand sich das Heilige Reich als eine Völkerfamilie, welche ihre Rechtsfiguren nicht als Verfassung im modernen Sinne entwickelte, sondern aus dem römisch–rechtlichen Verständnis der „potestas familias"[26] ableitete.

[24] Die grundlegende Bedeutung des römisches Rechts für ein zukünftiges vereintes Europa hat einer der wenigen Juristen, welche mit dem Orden „Pour le merite der Wissenschaften" ausgezeichnet wurden, kurz nach dem Ende des II. Weltkrieges dargelegt: Wieacker, Franz: Privatrechtsgeschichte der Neuzeit, Göttingen 1967, Seite 619 ff.

[25] Rogalla von Bieberstein, Johannes: Adelsherrschaft und Adelskultur in Deutschland, Limburg 1998, Seite 33 ff.

[26] Vgl. dazu: Hattenhauer, Hans: Europäische Rechtsgeschichte, Heidelberg 1999, Seite 100, Rdnr. 289 i.V.m Seite 146, Rdnr. 431 unter Bezugnahme auf die res gestae des Kaiser Augustus.

Kern dieses Reichs- und Rechtsverständnisses war das Kirchenrecht, welches in seiner Reinform im kanonischen Recht der röm.-kath. Kirche niedergelegt war. Damit hatte das Heilige Reich eine für jeden klar erkennbare geistige Grundlage. Es war in seiner gesamten Geschichte eine politische Organisation von Territorien, mit dem Ziel, in der rechtlich verfassten Christenheit weltweit den Glauben zu schützen und zu mehren, das Recht zu wahren und zu verwalten und auf der Grundlage der Heiligen Schrift der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Darum war es heilig.

Das liest sich in der Wahlkapitulation des Kaisers Joseph II. (1741–1790) folgendermaßen:

> *„Artikel V, § XII*
> *Anhaltung eines Jeden zu seiner Schuldigkeit Auch im übrigen jeder Stand zu Leistung seiner Schuldigkeit angehalten und wider Contumaces, vermög der Exekutionsordnung verfahren werde."*[27]

Von besonderem Interesse für uns Heutige dürfte der Umgang des Heiligen Reiches mit den zahlreichen überschuldeten Territorien in seinem Machtbereich sein[28], der im Allgemeinen sehr rücksichtsvoll war und die Ehre der Betroffenen schonte.

Das Heilige Reich zerbrach endlich an seiner politischen Aufgabe, die zahlreichen kleinen Territorien gegen die Übergriffe der großen mächtigen Konkurrenten zu schützen und es konnte deshalb in der nachnapoleonischen Zeit auch nicht wiedererstehen.

Das vereinigende geistige Band im entstehenden Nationalstaat Deutschland wurde trotz aller religiöser Restaurationsversuche, auch in der Rechtswissenschaft, die klassische deutsche Philosophie mit Wirkungen, die weit über die nationalen Grenzen hinaus reichten. So wurde Geistiges schließlich doch geistig entschieden, obwohl auch hier der Kompromiss von 1848 durch die Hinwendung zur rückwärts gewandten romantischen Weltsicht erkennbar bleibt.[29] Darüber hinaus kennzeichnet dieser Vorgang die Jurisprudenz als eine über die reine Erfahrung hinausgehende, logische präzise Wissenschaft, deren Wesen und Ergebnisse erst im historischen Prozess erkennbar werden.

4. Die Politik:

Spätestens nach der weltweiten Katastrophe von 1914 bis 1918 war diese Episode in der deutschen Philosophie zu Ende. Es bewahrheitete sich der in der damaligen deutschen Sozialdemokratie weit verbreitete Satz, dass der Nationalismus die Grundtorheit dieser Epoche gewesen sei. Der zunehmende Nationalismus führte auch in der Philosophie zu deutlich erkennbaren politisch legitimierenden und auch

[27] Schmauß, Johann Jacob: Corpus Juris Publici Sancti Romani Imperii, Leipzig 1784, S. 1528 ff.

[28] Buchholz, Werner: Öffentliche Finanzen und Finanzverwaltung im entwickelten frühmodernen Staat. Landesherr und Landstände in Schwedisch – Pommern 1720 – 1806, Köln / Weimar / Wien 1992, als neuester Forschungsstand zum Thema. Ein vollständiger Überblick über das Finanzwesen des Heiligen Reiches ist nicht vorhanden.

[29] Stellvertretend für viele: Müller, Adam: Elemente der Staatskunst, Leipzig 1936.

unwissenschaftlichen Tendenzen. Die nachfolgende Phase war deshalb die Stunde der Epigonen in vielerlei Gestalt, wie beispielsweise der Neu- und Junghegelianer, der Neukantianer sowie der auf marxistisch-philosophischer Grundlage argumentierenden Richtungen. Diese und zahlreiche andere Spielarten dieses Denkens konnten das sich aufbauende Vakuum bei der notwendigen Aktualisierung und Erneuerung der philosophischen Grundlagen nicht füllen.

Damit war an den geisteswissenschaftlichen Fakultäten der Boden vorbereitet für mythologisierende und romantisierende Strömungen, die dem Versuch der Wiederbelebung das Heiligen Reiches ohne dessen Theologie offen gegenüberstanden. Auf dem Markt der nahezu unbegrenzten, pseudowissenschaftlichen Möglichkeiten setzte sich, als krasser Außenseiter beginnend, die Ideenwelt von Arthur Moeller van den Bruck mit seiner zentralen Schrift „Das Dritte Reich“[30] als nationalsozialistische Spielart politisch durch.

Der Rückgriff Moeller van den Brucks auf die biblische Offenbarung des Johannes machte aus dem theologisch sehr anspruchsvollen Text ein esoterisches Versatzstück[31].

Vor diesem geistigen Hintergrund zieht Werner Sombart als Wirtschaftswissenschaftler, ganz nach schopenhauerscher Art, ein pessimistisches Resümee:

> *„[…] Aber in unserer Zeit wird dem kapitalistischen Geiste noch von einer anderen Seite der Lebensfaden abgebunden: durch die zunehmende Verbureaukratisierung unserer Unternehmungen. Was der Rentner noch übrig läßt, nimmt der Bureaukrat weg. Denn die regelrechten bureaukratischen Riesenbetriebe, in dem nicht nur der ökonomische Rationalismus, sondern auch der Unternehmungsgeist mechanisiert ist, bleibt für den kapitalistischen Geist kein Raum mehr.“*[32]

Die Unbefangenheit mit der er sich zum politischen Aspekt der Wirtschaftswissenschaften bekannte, bleibt über den großen Abstand der Zeit hinweg bemerkenswert, auch wenn er heute in dieser Form nicht wiederholbar ist. Weiterhin bleibt der Sombartsche Anspruch, seine Ansichten aus der Tiefe des historischen Raums von ca. 2000 Jahren europäischer Geschichte heraus zu entwickeln, beachtlich.

Abschließend wagt Werner Sombart folgende Prognose:

> *„[…] Vielleicht wird der Riese dann, wenn er blind geworden ist, dazu abgerichtet, einen demokratischen Kulturkarren zu ziehen. Vielleicht auch ist es die Götterdämmerung. Das Gold wird dem Rheinstrom zurückgegeben.[…]“*[33]

[30] Moeller van den Bruck, Artur: Das dritte Reich, Berlin 1923.

[31] Jerusalemer Bibel, Einheitsübersetzung mit dem Kommentar der Jerusalemer Bibel, Freiburg im Breisgau 2007, Seite 1805, Offenbarung des Johannes, Kapitel 20, i.V.m. Einleitung Seite 1782 ff.

[32] Werner Sombart, Der Bourgois Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen, München und Leipzig 1913, Seite 462.

[33] Ders., Seite 463/464.

Wir Heutigen sind vor dem Hintergrund unserer wissenschaftlichen Traditionen aufgerufen, im Hinblick auf die historisch einmalige Chance, welche die europäische Einigung bieten kann, nach einer überzeugenden geistigen Grundlage für dieses Projekt zu suchen. Dabei können wir auf ein sehr reichhaltiges Erbe zurückgreifen.

Die Akademien haben die Möglichkeit, aus ihrem bisherigen Mauerblümchendasein herauszutreten und eine geistige „Trendsetterfunktion“ zu übernehmen. So wie die Steine, aus denen die großartigen Bauwerke der Gotik errichtet wurden, sich noch heute in der Erde befänden, wenn nicht zuvor eine begeisternde Idee gefunden worden wäre, welchem Ziel und Zweck ihre mühevolle Suche, Bearbeitung und Zusammenfügung dienen sollte, so würde auch die europäische Einigung allenfalls Stückwerk bleiben und möglicherweise wie der Turmbau von Babel[34] enden.

Sich einer Aufgabe dieser Dimension zu stellen, ist sowohl eine Herausforderung an das Selbstverständnis des einzelnen Wissenschaftlers als auch an seine Inkorporationen, als da sind Universitäten, Fakultäten, Institute, Stiftungen und Alumnivereinigungen.

Um die Chancen der Akademien zu verdeutlichen, soll an dieser Stelle an ein hochschulpolitisches Projekt erinnert werden, das im 19. Jahrhundert einer vergleichbaren Aufgabe diente und ein bemerkenswertes Schicksal hatte. Es ist dies die Geschichte der „Facultas Juridica Academiae Caesareae Dorpatensis“ an der kaiserlich – russischen Universität Dorpat.

Im Jahre 1632 von Gustav Adolf II. von Schweden (1594 1632) gegründet und zunächst 1710 wieder geschlossen, befand sich die Universität Dorpat von Beginn an im Zentrum der Spannungen zwischen Ost und Westeuropa. Die Wiederbelebung der Universität durch den Zaren Paul I. (Regentschaft: 1796–1801) stand zunächst ganz im Zeichen der Restauration des alten russischen Zarentums. Diese Absicht schlug nach der Ermordung dieses Herrschers und dem Regierungsantritt seines noch jugendlichen Sohnes Alexander I. (Regentschaft: 1801–1825) in das Gegenteil um. Träger der Akademie in Dorpat war zunächst die Genossenschaft der livländischen Ritterschaft, also einer Einrichtung des alten Heiligen Reiches gewesen. Dieses Unikum in der europäischen Universitätsgeschichte wurde deutschsprachig und protestantisch ausgerichtet.

[34] Jerusalemer Bibel,Einheitsübersetzung mit dem Kommentar der Jerusalemer Bibel, Freiburg im Breisgau 2007, Seite 26, Genesis, Kapitel 11, Verse 19.

Der Professorenschaft gelang es sehr schnell das Joch aus der Zeit des Heiligen Reiches abzuschütteln, indem sie sich ihre akademischen Freiheiten bei dem liberalen neuen Zaren sicherten. Unter Alexander I. sollte von Dorpat eine aufklärerische Signalwirkung in das ganze russische Reich hinein ausgehen. Estnische und lettische Studenten wurden aufgenommen. Reformgedanken, wie die Abschaffung der Leibeigenschaft und Gleichberechtigung der Nationen in Russland, sind Nachrichten, welche vom hohen politischen Ansehen der Universität Dorpat im Russland der damaligen Zeit noch heute Zeugnis ablegen.

Mit der nationalistischen Wende in Russland kam in den Jahren zwischen 1865 und 1893 das schleichende Ende der Universität Dorpat. Die damit einhergehende Russifizierung des Baltikums bleibt bis heute eine europäische Hypothek, die noch abzutragen ist.

Das Wappen der Juristenfakultät gibt dagegen Nachricht von der aufklärerischen Euphorie der Gründungszeit der Universität Dorpat zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Im Mittelpunkt des Wappenschildes steht das geschriebene kaiserliche Recht in der Tradition des römischen Rechts, symbolisiert durch die antike Säule mit der Aufschrift LEX und der Kugel. Die alles andere überdeckende, aufgeschlagene Schrift symbolisiert die Herrschaft des geschriebenen Rechts, also des Rechts als Wissenschaft, über das Gewaltmonopol des Staates, repräsentiert durch das Schwert sowie die Gerechtigkeit, dargestellt als Waage, und die strafende Justiz, erkennbar durch das Rad, als äußerstes Mittel.

Damit liegen die grundsätzlichen Alternativen europäischer Rechtspolitik in der Geschichte der Universität Dorpat offen zu Tage. Es mutet wie eine Ironie an, dass, neben anderen nachmaligen akademischen Koryphäen, auch Immanuel Kant einen Ruf nach Dorpat erhielt, den er jedoch ablehnte.

Arthur Schopenhauer hatte nahezu zeitgleich mit dem Aufstieg der Universität Dorpat durch sein eingangs zitiertes Werk „Die Welt als Wille und Vorstellung“ die Tür zu einer neuen geistigen Welt aufgestoßen. Die religiöse Basis des alten Europa wurde erneuert durch den Eintritt der Philosophie in den Raum der Ethik, welche seit jeher nahezu ausschließlich der Theologie vorbehalten war. Heute zählt dieser neue theoretische Denkansatz zur weltweit anerkannten Klassik. Er ist ebenso unverlierbarer Bestandteil des geistig – kulturellen Erbes der Menschheit wie etwa in der Physik die Relativitätstheorie.

5. Fazit:

Damit ist mein Rundgang durch einen Pantheon der kleinen und großen Projekte, Gedanken und Personen, welche geistige Grundlagen eines zukünftigen Europa mitgestaltet haben, wieder an seinem Ausgangspunkt angelangt. Es hat sich gezeigt, dass die durch Ihren Vortrag, Herr Dr. Weidmann, deutlich gewordenen wirtschaftspolitischen Aufgaben Herausforderungen beinhalten, die in der Vergangenheit Vorbilder haben. Im Scheitern der Vorgängerprojekte, insbesondere in der Epoche des Heiligen Reiches und in Zeit der europäischen Weltherrschaft, sowie der sie beendenden Weltkriege der Nationalstaaten, finden sich Begründung, Berechtigung und Ermutigung für zukünftige Anstrengungen.

Die deutschen Geisteswissenschaften sind in der Lage zum europäischen Einigungsprojekt viele Erkenntnisse beisteuern. Beispielhaft sei abschließend auf die Sentenz des Verfassungsrichters Ernst–Wolfgang Böckenförde verwiesen, welche feststellt, dass der Staat auf geistigen Grundlagen ruht, die er nicht selbst schaffen kann.[35]

Diese Grundlagen werden nicht einfach erfunden, sondern sie entwickeln sich mit wissenschaftlich nachvollziehbarer Folgerichtigkeit ihrerseits aus dem Erbe der drei großen in Europa wirksamen Schriftreligionen: Judentum, Christentum und Islam. Auf sie ist immer wieder der Blick zu richten, um die von Arthur Schopenhauer entdeckte Brücke zwischen philosophischer Logik und ethischer Richtigkeit für uns Heutige tragfähig zu halten.

In diesem Sinne schließe ich mit dem homo mensura Satz des Protagoras von Abdera (490 – 411 v.Chr.):

„Mensch, Maß aller Dinge“[36] als Abschied und gleichzeitigem Neubeginn.[37]

---

[35] Böckenförde, Ernst–Wolfgang: Der säkularisierte Staat, München 2007. i.V.m. Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: Eberbacher Studien Ernst Forsthoff zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1967, Seite 75.

[36] Heus, Alfred: Die Antwort des Denkens, in: Propyläen, Weltgeschichte, Bd. 3, Frankfurt am Main 1991, Seite 372 ff und Hartmann, Frank: Der Mensch als Maß aller Dinge, in: Die Neue Ordnung, Jahrgang 57, Heft 1, Siegburg, 2003, Seite 43 ff.

[37] Einen freundlich – resignativen Abschied des deutschen Privatrechts von seinen geistigen Wurzeln in der klassischen deutschen Philosophie, formuliert der Altmeister dieses Rechtsgebietes Ingo von Münch in seinem Vorwort zur 70. Auflage des BGB; München 2012, Seite XXVIII ff, vgl. insbesondere Abschnitt II, Ziffer 6 und Abschnitt VII. Damit ist gleichzeitig eine wichtige Aufgabe für die zukünftige europäische Rechtswissenschaft gestellt.

Kleines Glossar geld- und finanzwirtschaftlicher Ausdrücke

„Teuerung ist nicht immer Inflation"

Zwischen Inflation, Teuerung und Preissteigerung wird häufig gar nicht mehr unterschieden. Nachrichten in Funk und Fernsehen oder ein Blick in Zeitungen bezeugen dieses. Genau genommen besteht zwischen Inflation und Teuerung ein Unterschied, wie es solide Betrachtung nahelegt. Denn man kann nicht „jeden Anstieg des Preisniveaus grundsätzlich als eine inflationäre Erscheinung ansehen"[1], weil zwischen inflationsbedingten Preissteigerungen und solchen, auf die Wirtschaftssubjekte so gut wie keinen Einfluss haben, also der Teuerung, klärend zu unterscheiden ist.

Während die Inflation „reines Menschenwerk" (Roeper) ist, ein Übel, das sich durch eine stabilitätsbewusste Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik verhindern ließe, sind als Teuerung jene Preissteigerungen zu betrachten, „auf die weder die Regierung noch die Notenbank, noch irgendeine andere Stelle, wie beispielsweise Unternehmen und Gewerkschaften einen nennenswerten Einfluß haben" (Roeper).

Es sind Preissteigerungen, die wie durch höhere Gewalt zustande kommen. So führt beispielsweise eine durch Missernten eingetretene Verteuerung bestimmter Lebensmittel infolge der Verknappung des Angebots landwirtschaftlicher Produkte gemäß dem marktwirtschaftlichen Preis-Ausgleich-Mechanismus von Angebot und Nachfrage zu einer Teuerung. Derartige Preissteigerungen sind nicht notwendigerweise von Dauer, da diese Preise in anderen Wirtschaftsperioden mit besseren Ernten wieder sinken können und so gesehen, seit biblischen Zeiten bekannt (1. Mose 41), hier also keine Inflation vorliegt. Inflation dagegen wird – wie dieser Begriff schon besagt – durch ein Aufblähen (lat. inflatio, Anschwellen, Blähung) der Geldmenge durch die Zentralbank verursacht oder toleriert. Die daraus folgenden Preissteigerungen und das damit verbundene Sinken der Kaufkraft des Geldes kann als unsozialste Form der Besteuerung der Bürger betrachtet werden.

(B. G.)

Diskretionäre Wirtschaftspolitik

Diskretionäre Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik sind *in das Ermessen* der Politiker *gestellte Entscheidungen*, beispielsweise eine via Haushaltspolitik besorgte Stabilisierung der Wirtschaftskonjunktur herbeizuführen.

Der Wirkungsgrad des Einsatzes *diskretionär* geführter Instrumente wird dann am erfolgversprechendsten sein, wenn nicht nur ihre Auswahl und ihre Kombination systematisch erfolgt, sondern wenn auch ihre Anwendung gemäß den Erkenntnissen einer den realen Gegebenheiten Rechnung tragenden Theorie, beispielsweise die Geldwirtschaft *und* die Finanzwirtschaft als einander komplementäre Teile eines organischen Ganzen gesehen werden. Das heißt, die *gesamte* Volkswirtschaft wird betrachtet. Es wird also *nationalökonomisch*, mithin *gesamtheitlich* gedacht.

[1] Hans Roeper (1974): Teuerung ist nicht immer Inflation. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 239 vom 15. Oktober 1974, S. 19.

„Die vielfältigen Ursachen inflationärer Prozesse bedingen, dass eine stabilitätsorientierte Geldpolitik durch eine gleichgerichtete Wirtschafts-, Finanz- und Lohnpolitik begleitet wird"[2]. Auch um deflatorische Tendenzen in Schach zu halten, werden systemkonforme *diskretionäre* Massnahmen politisch angezeigt sein. „Jede Notenbank hat ihr eigenes Mandat und muss die darin definierten Ziele verfolgen"[3].

Mit Blick darauf, dass „die nationalen monetären Märkte ... näher zusammenrücken und langsam zu internationalen monetären Märkten ... verschmelzen", spricht *Claus Köhler* im Kontext dieser Globalisierung von. „*Internationalökonomie*"[4]. Und in der Tat: „Die Wirtschaftspolitik, vor allem die Geld- und Kreditpolitik, wird nur erfolgreich sein, wenn sie flexibel auf Änderungen in der wirtschaftlichen Entwicklung und in den wirtschaftlichen Zusammenhängen reagiert"[5].

(B. G.)

Makroprudenzielle Politik

„Eine makroprudenzielle Politik ist von entscheidender Bedeutung, um das Finanzsystem auf eine stabilere Grundlage zu stellen"[6].

„Oberstes Ziel einer makroprudenziellen Politik ist die Begrenzung des Systemrisikos – der Gefahr also, dass Verwerfungen im Finanzsystem die gesamte Wirtschaft destabilisieren können"[7].

„Zur Einführung einer makroprudenziellen Politik werden die in der Finanzaufsicht – d. h. auf der Ebene der einzelnen Institute – verwendeten Instrumente angepasst, um die Risiken im Finanzsystem als Ganzem zu begrenzen"[8].

„Der Begriff „macroprudential" („makroprudenziell") ist seit der (Finanz-) Krise so populär geworden, dass er inzwischen auch für viele Massnahmen verwendet wird, deren primäre Ziele über die Finanzstabilität im engeren Sinne hinausgehen"[9,10].

[2] Jens Weidmann (2014): Geld und Geldpolitik, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main, S. 195.

[3] Ders. (2015): „Deutschland steht gut da", Interview, gewährt dem „Tagesspiegel". In: Deutsche Bundesbank, Eurosystem, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 47 vom 11. November 2015, Frankfurt am Main, S. 3.

[4] Claus Köhler (1990): Internationalökonomie. Ein System offener Volkswirtschaften, Berlin 1990.

[5] Ibid., S. 12.

[6] Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 80. Jahresbericht, 1. April 2009 – 31. März 2010, Basel, 28. Juni 2010, S. 101.

[7] Ibid., S. 101. Vgl. dazu auch J. Caruana: System risk: how to deal with it?, Paper, BIZ, 12. Februar 2010, www.bis.org/publ/othp08.htm.

[8] Ibid., S. 101.

[9] Ibid., S. 102.

[10] Näheres zu diesem Begriff bei P. Clement: „The term ‚macroprudential': origins and evolution", BIZ-Quartalsbericht, März 2010, S. 59-67.

Literaturempfehlung:

Carsten Herrmann-Pillath (2013): Foundations of Economic Evolution. A Treatise on the Natural Philosophy of Economics. Cheltenham, U.K. + Northampton, MA, USA (Edward Elgar)

Kapitel 3

Aus den Pressereaktionen

„Gewonnenes Vertrauen"

Bundesbankpräsident wirbt in Gastvorlesung an der Universität für Geldwertstabilität

Siegener Zeitung, Samstag, 24. Mai 2014, Hintergrund

Haftung und Kontrolle
sollen wieder in eine
Balance gebracht werden.

Er kam als Überraschungsgast, aber überrascht hat es wohl niemanden, dass sich Bundesbankpräsident Jens Weidmann gestern an der Universität Siegen als Kämpfer für einen stabilen Geldwert in einer stabilen Währungsunion präsentierte. Es waren keine politischen Visionen, die der Besuch aus Frankfurt den zahlreich erschienenen Studenten und Gästen aufzeigte. Begriffe wie Zweckmäßigkeit standen im Fokus, als Weidmann Vorteile und Risiken einer Währungsunion im Zeichen der Euro-Krise sachlich analysierte. Denn die Euro-Krise, so stellte Weidmann klar, sei keineswegs überwunden: „Die Hälfte des Weges hin zu einer Stabilisierung ist geschafft." Es gebe eine „allmähliche, aber immer noch fragile Erholung im Euro-Raum".

Weidmann zeigte sich zuversichtlich, dass es gelingen kann, das „einzigartige Konstrukt einer gemeinsamen Geldpolitik" wieder auf ein sicheres Fundament zu stellen. Dazu sei es aber unabdingbar, Haftung und Kontrolle wieder in Einklang zu bringen und die seinerzeit in Maastricht aufgestellten Stabilitätskriterien nicht nur konsequent anzuwenden, sondern weiterzuentwickeln. Der Balance zwischen Haftung und Kontrolle sei in der Vergangenheit im Euro-Raum nicht konsequent genug Geltung verschafft worden.

Weidmann rief in Erinnerung, dass nicht erst gestern Fiskal- und konkrete Verschuldungsregeln vertraglich vereinbart worden seien, auch um zu verhindern, „dass die Politik Druck auf die Geldpolitik ausübt". Zu diesen Regeln gehöre auch ein weitgehender Haftungsausschluss in der Wirtschafts- und Währungsunion: „Kein Land soll für die Schulden eines anderen Landes einstehen. Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen." Auch sei den Notenbanken untersagt, Eurostaaten direkt zu finanzieren.

Risse habe das scheinbar stabile Fundament der Gemeinschaftswährung allerdings bekommen, weil der wirtschaftlich Boom in den heutigen Krisenstaaten „auf Pump finanziert" worden sei, und zwar sowohl im öffentlichen wie auch im privaten Bereich.

Vom Grundsatz her gibt es für Weidmann zwei Wege, um Haftung und Kontrolle im Euro-Raum wieder in Einklang zu bringen: Eine Möglichkeit bestünde in der Bildung einer „echten" Fiskalunion, ggf. sogar in Form einer politischen Union.

Dieser Weg, der nach Einschätzung des Bundesbankpräsidenten in Frankreich noch auf sehr viel größeren Widerstand stoßen würde als in Deutschland, erfordere allerdings eine sehr weitgehende Abgabe nationaler Rechte, einschließlich des Budgetrechts des Parlaments, und am Ende auf europäischer Ebene auch die Änderung vieler nationaler Verfassungen.

Eher umsetzbar erscheint Weidmann die Alternative, und das bedeutet für ihn im Kern: Der bestehende Maastricht-Stabilitäts-Rahmen „muss gehärtet werden". Dabei ist für den Bundesbankpräsidenten „die finanzpolitische Eigenverantwortung der Staaten" von zentraler Bedeutung. Und deshalb bedeutet die konsequente Einhaltung des Haftungsprinzips für Weidmann in letzter Konsequenz auch, „dass eine Insolvenz möglich sein muss, sowohl für die Banken als auch für die Staaten".

Die vereinbarte Bankenunion allein führe nicht zur Lösung des Problems. Vor allem dürfe die Bankenunion nicht dazu genutzt werden, national verursachte Kapitallücken zu vergesellschaften. Um eine enge Verzahnung zwischen einem Staat und den Banken zu durchbrechen, sollten auch Staatsanleihen nicht risikolos gestellt bleiben, sondern seien von den Banken mit Eigenkapital zu hinterlegen. Weidmann sprach sich zudem dafür aus, für solche Fälle Kreditobergrenzen zu schaffen. Zwingend sei überdies, nationale Fehlentwicklungen zu korrigieren, womit der Gast auf den hohen Grad der öffentlichen Verschuldung abhob.

Geld, so resümierte Weidmann sein Plädoyer für einen umsichtigen und verlässlichen währungspolitischen Kurs, „ist am Ende nichts anderes als gewonnenes Vertrauen".

Ein Überraschungsgast

Da staunten die Studentinnen und Studenten nicht schlecht, die gestern in den Hörsaal HC-3305 strömten, um die Vorlesung „Internationale Finanzierung" von Prof. Dr. Jan Franke-Viebach zu verfolgen. Der „Prof" war da, aber mit ihm gleich noch eine ganze Reihe anderer Gäste aus dem universitären wie öffentlichen Leben. Dass diesmal der Bundesbankpräsident die Vorlesung im Rahmen eines „Campus-Forums" halten würde und sich anschließend unter Moderation von Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser noch der Diskussion stellte, hatten die Studenten offenkundig nicht erwartet. Möglich gemacht hatte dieses Zusammentreffen Prof. Dr. Bodo Gemper, dem es als Organisator des Franz-Böhm-Kollegs immer wieder gelungen war, hochkarätige Gäste ins Siegerland zu holen. Gemper würdigte in seiner Begrüßung den Gast als einen Mann, dem es auch in seinem Wirken an der Spitze der Bundesbank „nicht um Modellschreinerei, sondern ums Denken" gehe.

Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Dr. Jens Weidmann (2. v. r.) war gestern Überraschungsgast an der Universität Siegen. Das Foto zeigt ihn bei der Begrüßung mit Uni-Kanzler Ulf Richter, Gründungsrektor Prof. Dr. Artur Woll, dem Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Volker Wulf, und Prof. Dr. Bodo Gemper (v. l.). Auf dessen Einladung war Weidmann nach Siegen gekommen, um im Rahmen eines Campus-Forums vor Studenten zu sprechen und mit ihnen zu diskutieren. Foto: Dirk Manderbach

Bundesbankpräsident überraschte Studierende

Dr. Jens Weidmann sprach über Währungsunion

Querschnitt. Die Zeitung der Universität Siegen, Nr. 5, Oktober 2014

Muntere Geschäftigkeit am Freitagmorgen im Raum C 3305 des Campus Hölderlinstraße. Im großen Saal steht die Vorlesung von Prof. Dr. Jan Franke-Viebach „Internationale Finanzierung" an. Dann tut sich Sonderbares. Bodyguards erscheinen zu Seiten der Eingangstür. Der Siegener Bürgermeister Steffen Mues, Prof. Dr. Artur Woll als Gründungsrektor der Universität Siegen, Kanzler Ulf Richter, Altkanzler Dr. Johann Peter Schäfer und weitere Honoratioren aus Stadt und Hochschule treffen ein. Prof. Franke-Viebach lüftet vor seinen Studierenden das Geheimnis: Ein namhafter Gast wird „mitten im normalen universitären Leben" erwartet. Auf Einladung von Prof. Dr. Bodo Gemper sagte Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann zu, über die Währungsunion und die Rolle der Notenbanken vorzutragen. Im Rahmen eines nahezu privaten Besuchs an der Universität Siegen möchte der Gast aus Frankfurt alsdann mit Studierenden diskutieren.

Begrüßt wurde der Bundesbankpräsident von Kanzler Ulf Richter: „Es ist eindrucksvoll, was Sie in Ihrem jungen Leben schon erreicht haben. Das ist Ansporn für unsere Studierenden." Auch Dekan Prof. Dr. Volker Wulf sowie der im Rahmen eines CampusForums einladende Prof. Gemper sprachen kurze Grußworte. Gemper erinnerte daran, dass genau vor 65 Jahren das Grundgesetz der Bundesrepublik in Kraft trat. Dieses schreibt auch die Einrichtung einer Bundesbank vor.

Dr. Jens Weidmann, Jahrgang 1968, ist seit nahezu exakt drei Jahren Präsident der Deutschen Bundesbank. Von der Architektur des Campus Hölderlinstraße fühlte er sich an die des 13-stöckigen Bundesbankgebäudes in Frankfurt erinnert, das nicht selten als Trutzburg gedeutet werde. Weidmann: „Der Architekt wollte damit die Standhaftigkeit der Bundesbankverdeutlichen." Nach Vitruv (De Architectura) beruhe Architektur auf drei Prinzipien: Stabilität (Firmitas), Nützlichkeit (Utilitas) und Anmut (Venustas). Die Stabilität stehe im Mittelpunkt seiner Ausführungen, so Weidmann.

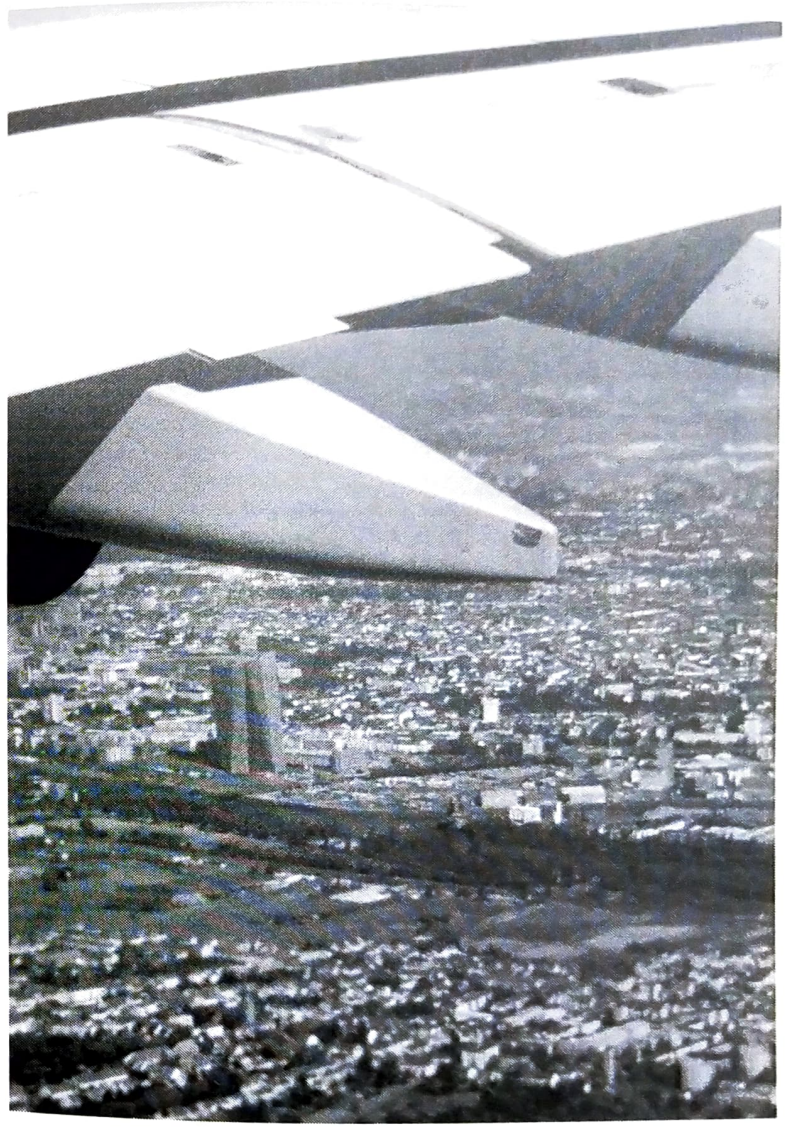
Die Währungsunion sei eine einzigartige Konstruktion aus 18 ehemals unabhängigen Währungspolitiken, erläuterte Weidmann. Die Staaten seien nun über eine gemeinsame Geldpolitik miteinanderverbunden. Eine Währungsunion in dem Sinne, dass Schulden zwischen den Staaten umverteilt werden könnten, könnte einzelnen Ländern Anreiz zur Überschuldung geben. Um dem vorzubeugen, habe man sich sowohl auf Fiskalregeln geeinigt, die verhindern sollten, dass Regierungen Einfluss auf die Geldpolitik ausübten, als auch im Maastricht-Vertrag festgelegt, dass kein Land für die Schulden eines anderen Landes einstehe. Den Notenbanken sei es untersagt, Eurostaaten direkt zu finanzieren. Nachdem die Währungsunion einige Jahre lang erfolgreich gewesen zu sein schien, kamen die Probleme. Weidmann: „Der Boom in den heutigen Krisenländern war auf Pump finanziert." Dieses Krisenbeben habe Schwächen im System offen gelegt, dem Eurohaus Risse zugefügt und seine Statik gefährdet. Das Rahmenwerk der Währungsunion müsse umgestaltet werden. Eine Variante bilde eine echte Fiskalunion oder politische Union, die mit weitreichender Abgabe nationaler Aufgaben verbunden sei. Etliche

nationale Verfassungen müssten dafür geändert werden. Eine andere Möglichkeit sei, den Maastricht-Rahmen so zu härten, dass die Haftung für das eigene Tun greife. Ein konsequentes Einhalten des Haftungsprinzips beinhalte jedoch, dass sowohl für Banken als auch für Staaten eine Insolvenz möglich sein müsse.

Ursache der Eurokrise sei vor allem die enge Verzahnung von Staaten und Banken. Diese sollte durchbrachen werden. Staatsanleihen gelten als risikolos. Dem sei faktisch aber nicht so. Weidmann: „Auch Staatsanleihen sollten risikoadäquat mit Eigenkapital hinterlegt werden." Mittlerweile zeigten die strukturellen Änderungen in den Krisenländern erste Erfolge: „Die Krisen sind nur in den Ländern selbst durch Wettbewerbsfähigkeit zu lösen." Der Anpassungsweg sei noch lang, etwa die Hälfte geschafft. Rettungspakte bräuchten Zeit, um eine bessere Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Sie dürften aber nicht zur dauerhaften Finanzierung von Krisenstaaten führen, sondern nur auf Zeit dazu dienen, Probleme anzupacken.

Das Fazit Weidmanns: Nur durch eine Optimierung der Statik des Hauses Europa werde die Währungsunion zur Stabilitätsunion. Venustas, die Anmut des Eurogebäudes, komme dann zum Vorschein, wenn Haftung und Kontrolle in Balance stünden.

Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann zu Gast an der Uni Siegen.



Europäische Zentralbank im Blick

Anblick aus dem A 380-841 D – AIMA „Frankfurt am Main"
beim Landeanflug am 28. Juli 2015
Foto: B. G.

Zum *CampusForum Siegen (2)* mit dem Chefvolkswirt der EZB

Kein Patentrezept dabei

Siegener Zeitung, Dienstag, 25. November 2014

Franz-Böhm-Kolleg holte erneut hochkarätigen Finanzexperten in die Kröncheństadt.

Dem Franz-Böhm-Kolleg – an dessen Spitze seit vielen Jahren Prof. Dr. Dr. Bodo Gemper steht – gelingt es immer wieder, hochkarätige Frauen und Männer aus Politik, Wirtschaft und der Finanzwelt für Vorträge in die Kröncheństadt zu holen. Gestern gab im Artur-Woll-Haus der Uni Siegen am Haardter Berg, das Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank und des EZB-Rates, Prof. Dr. Peter Praet, seine Visitenkarte ab.

Praet war und ist in seiner Funktion mitten drin in den Turbulenzen, die Teile der europäischen Volkswirtschaften, aber auch die Bankenwelt seit nunmehr sieben Jahren in Atem halten. Doch bevor der Belgier im gut besuchten Hörsaal seinen Vortrag hielt, sprach Prof. Gemper einleitende Worte zum Campusforum.

Er schlug einen Bogen von der Hohen Schule Herborn, die im Jahre 1584 gegründet wurde und wegen der Flucht vor der grassierenden Pest in Siegen dort über mehrere Jahre zu Hause war und damit den Ursprung der heutigen Universität bedeutete. Nach einem Grußwort des Kanzlers der Universität Siegen, Ulf Richter, übernahm Praet das Wort. Er schlug den Bogen zurück bis ins Jahr 2007, als in den USA die Immobilienblase platzte. Damals habe man dieses Ereignis noch eher lokal gesehen, mit der Pleite der Lehman-Bank ein Jahr später entwickelte sich eine weltweite Finanzkrise. Praet: „Keiner wusste was zu tun war, es war überall nur große Panik zu spüren. Die üblichen Mechanismen versagten, um diese Krise, die dann von der Bankenwelt auf einen Großteil der Staaten in Europa übergriff, zu beenden." Hier, so Praet, wäre eine vernünftige Ordnungspolitik der Schlüssel für ein Gegensteuern gewesen. Das habe man versäumt. Danach habe sich der Teufelskreis immer schneller gedreht. Ging es den Banken schlecht, ging es der Industrie schlecht. Bankenkrise, Wirtschaftskrise und Staatsverschuldung hätten zu dieser Gesamtsituation geführt. Praet machte keinen Hehl daraus, dass die Bundesrepublik Deutschland als Musterknabe bisher die Krise gemeistert habe. Andere Mitglieder der EU, wie etwa Spanien oder Italien, seien allein von ihren Kennzahlen her in wesentlich schlechterer Verfassung. Der Banker hielt sich in seinem Vortrag mit Prognosen zurück, wie etwa die Finanzkrise europaweit zu beenden sei. Ein Patentrezept hatte Praet nicht mit nach Siegen gebracht.

Im Anschluss an seinen Vortrag schrieb sich der Belgier in das Goldene Buch der Stadt Siegen ein. Bürgermeister Steffen Mues gab ihm als Erinnerung an seinen Besuch ein kleines goldenes Krönchen mit auf den Nachhauseweg nach Frankfurt.

Siegens Bürgermeister Steffen Mues überreichte Prof. Dr. Peter Praet (Mitte) nach dessen Eintrag ins Goldene Buch der Stadt ein Krönchen als Erinnerung an seinen Besuch. Rechts im Bild: Prof. Dr. Dr. Bodo Gemper. Foto: kalle

Wirtschafts- und Sozialordnung: FRANZ-BÖHM-KOLLEG - Vorträge und Essays

Herausgegeben von Prof. Dr. Dr. Bodo Gemper, Siegen

Band 1
Bodo B. Gemper (Hrsg.) Reimut Jochimsen et al.:
Aktuelle Fragen der Geld- und Währungspolitik
Lohmar – Köln 1999 • 84 S. • DM 39,- • ab 01.01.02 € 20,- • ISBN 3-89012-665-0 - Vergriffen -

Band 2
Bodo B. Gemper (Hrsg.)
Was würde Ludwig Erhard heute tun?
Lohmar – Köln 1999 • 84 S. • DM 39,- • ab 01.01.02 € 20,- • ISBN 3-89012-666-9 - Vergriffen -

Band 3
Bodo B. Gemper (Hrsg.)
Hans Geisler et al.:
Die Verantwortung des Einzelnen für die Gesellschaft –
Die Verantwortung der Gesellschaft für den Einzelnen
Lohmar – Köln 1999 • 72 S. • DM 36,- • ab 01.01.02 € 19,- • ISBN 3-89012-711-8 - Vergriffen -

Band 4
Bodo B. Gemper (Hrsg.)
Paul Kirchhof et al.:
Wirtschaftsfreiheit und Steuerstaat
Lohmar – Köln 2001 • 92 S. • DM 44,- ab 01.01.02 € 23,- • ISBN 3-89012-870-X - Vergriffen -

Band 5
Bodo B. Gemper (Hrsg.)
Helmut W. Jenkis et al.:
Gibt es einen Ideenzyklus? – Zum Wandel oder zur Zerstörung von Institutionen
Lohmar – Köln 2001 • 88 S. • DM 44,- ab 01.01.02 € 23,-. ISBN 3-89012-883-1 - Vergriffen -

Band 6
Bodo Gemper (Hrsg.)
Bernhard Vogel und Hans-Jürgen Papier et al.:
Verantwortung in Freiheit – Bildung, Recht und Wirtschaft in
einer christlich-abendländisch geprägten Kultur
Lohmar – Köln 2008 • 70 S. • € 32,- (D) • ISBN 978-3-89936-651-8 - Vergriffen -

.....

Band 7
Bodo Gemper (Hrsg.)
Günter Verheugen und Jürgen Stark et al.:
Das Europäische Einigungswerk in der Bewährungskrise
Integrationserfolg durch Ordnungspolitik
Siegen 2010 • 102 S. • € 9,- (D) • ISBN 978-3-9813636-0-9

Band 8
Bodo Gemper (Hrsg.)
Christine Lieberknecht et. al.
Bildung der Persönlichkeit
Plädoyer für den kooperativen Föderalismus als Wettbewerbsföderalismus
Siegen 2013 • 80 S. • € 9,- (D) • ISBN 978-3-9813636-1-6

Band 9
Bodo Gemper (Hrsg.)
Jens Weidmann et, al.
Stabilitätspolitische Herausforderungen von Notenbanken: Preisstabilität und/oder Finanzstabilität
Siegen 2016 • 52 S. • € 9,- (D) • ISBN 978-3-9813636-2-3

***

Universität Siegen
UniPrint
■■■■ grafik druck medien

Franz-Böhm-Kolleg
Luisenstraße 11
57250 Netphen

Der Inhalt dieser Beiträge ist von ebenso aktueller
wie auch grundsätzlicher Bedeutung,
- und er ist von zeitloser Relevanz.

Die Ausführungen des Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Herrn Dr. Jens Weidmann, die im Mittelpunkt dieser Dokumentation des ersten CampusForums an der Universität Siegen stehen, werden ergänzt durch Manuskripte, die ihr Augenmerk auf die Gestaltung einer Architektur für eine europäischen Währungsunion richten, - bereichert um Überlegungen, die erkennen lassen, dass ohne nachdenkliche, philosophische, wirtschaftswissenschaftliche, rechtswissenschaftliche und politische Denkanstöße, die aus umfassender humanistischer Bildung gespeist sind, wie sie die Professoren, Herr Notar Dr. Frank Hartmann oder Herr Dr. Volker Wulf liefern, keine zufrieden stellenden Lösungen denkbar sind, die ein „Denken in Ordnungen" (Walter Eucken) im Dienste einer Erneuerung des europäischen Einigungswerkes zulassen.

Die Beiträge dieses Bandes vermitteln Anregungen zu ganzheitlichem wie auch zu interdisziplinärem Denken und sie bieten gerade auch für junge Menschen in Gymnasien und Hochschulen Grundkenntnisse, die geeignet sind, den Sinn für Stabilität und die Wahrnehmung politischer Verantwortung zu begreifen.

Wir erfahren, was zur Lösung der stabilitätswirtschaftlichen Probleme im europäischen Einigungsprozess getan werden kann und muss.

Zielführende Antworten sind erkennbar und möglich.

Woran liegt es, dass die bereits überfälligen Entscheidungen und die dazu notwendigen politisch erforderlichen Handlungen nicht folgen?

Lesen sie bitte nach!

Edition Ensis

ISBN 978-3-981 36 36-2-3

€ 9,00